

## **Kommunale Finanzlage in Schleswig-Holstein spitzt sich weiter zu**

### **Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann Stiftung: Kassenkredite steigen um über 50 Prozent / Schuldenstand im ländlichen Raum gering / galoppierende Verschuldung in kreisfreien Städten**

Gütersloh, 20. August 2013. Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Schleswig-Holstein hat sich in der Summe verschlechtert. Die Kassenkredite, denen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber stehen, sind im Zeitraum 2007 zu 2011 um über 50 Prozent gestiegen. Der Anstieg beruht jedoch überwiegend auf den 4 kreisfreien Städten. Besorgniserregend ist die Haushaltslage in Lübeck. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Risiken bestehen in den aktuell sehr geringen Zinssätzen. Die Bertelsmann Stiftung spricht sich dafür aus, die kommunalen Finanznöte in der kommenden Föderalismusreform zu behandeln. Gleichzeitig muss auch für die Kommunen eine wirksame Schuldenbremse erlassen werden.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Schleswig-Holstein zum Stichtag (31.12.2011) betrug rund 3,7 Milliarden Euro. Das sind gut 900 Millionen mehr als 2007. Die Kassenkredite stiegen von 500 auf 770 Millionen Euro. Der Anstieg um gut 50 Prozent entspricht dem Bundesdurchschnitt. Die Kassenkredite machen bereits ein Fünftel der Gesamtverschuldung aus. In Sachsen ist es lediglich ein Fünzigstel. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie sind Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden. Mit steigenden Kassenkrediten wird auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur enger.

Die Kassenlage der Kommunen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. In Sachsen – das einzige Bundesland, dessen Kommunen seit 2007 die Kassenkredite wesentlich reduzieren konnten – beträgt die kommunale Verschuldung durch Kassenkredite 13 Euro pro Einwohner. Am anderen Ende der Skala befindet sich das Saarland mit Pro-Kopf 1.754 Euro. Schleswig-Holstein liegt mit 270 Euro auf Platz 5 der 13 Flächenländer.

Auffällig sind in Schleswig-Holstein die großen Unterschiede zwischen den Landkreisen und den vier kreisfreien Städten. Gefährlich ist die Lage in Lübeck. Mehr als ein Drittel aller Kassenkredite in Schleswig-Holstein entfällt allein auf Lübeck. Der Stand der Kassenkredite pro Kopf ist mit 1.402 Euro fast doppelt so hoch, wie in Flensburg auf dem zweiten Platz (744 Euro pro Kopf). Der Schuldenstand in Kiel ist mit 292 Euro pro Einwohner noch moderat, aber dort war der Anstieg von 19 Euro in 2007 ausgehend exponentiell. Unter den Landkreisen haben sich die Kassenkredite in Schleswig-Flensburg auf hohem Niveau verstetigt. Eine Vervierfachung war im Kreis Pinneberg zu beobachten (von 61 Euro in 2007 auf 250 Euro pro Einwohner in 2011). „Die Kreise und Gemeinden Schleswig-Holsteins müssen Alles daran setzen, eine schleichende Zunahme der Verschuldung zu verhindern. Das noch überschaubare Niveau darf nicht verspielt werden“, sagte René Geißler, Haushaltsexperte der Bertelsmann Stiftung und Mitautor der Studie.

Derzeit profitieren die verschuldeten Kreise und Gemeinden auch von den äußerst niedrigen Zinsen. „Die Normalisierung des Zinsniveaus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Kommunen“, sagte Geißler. Ein weiterer Indikator der Finanzsituation ist die Relation von Geldschulden und Finanzvermögen, überwiegend Bareinlagen und Anteilsrechte an Unternehmen. In Schleswig-Holstein sind die Geldschulden rund doppelt so hoch wie das Finanzvermögen. Einzig in Baden-Württemberg werden die Schulden vollständig gedeckt. Im Saarland summieren sich die Geldschulden auf mehr als das Neunfache des Finanzvermögens.

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass sich ein immer größerer Teil der kommunalen Schulden nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen bundesweit inzwischen ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. Schleswig-Holstein liegt hier mit 48 Prozent unterhalb des Durchschnitts. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber schrumpft die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, sagte René Geißler.

Die Gemeinden Schleswig-Holsteins sind im westdeutschen Vergleich relativ struktur- und damit steuerschwach. Der Blick auf die Grundsteuer B als lokal zu gestaltende Steuerquelle verrät, dass auch die Hebesätze unter dem Bundesdurchschnitt liegen (355 versus 398 Punkte). Die vier kreisfreien Städte haben im Zeitraum 2007 zu 2011 teils erhebliche Steuererhöhungen vorgenommen (Kiel 50 Punkte, Lübeck 40 Punkte, Neumünster 75 Punkte, Flensburg 20 Punkte). Der hohe Anstieg der Kassenkredite konnte damit jedoch nicht verhindert werden. Die Hebesätze liegen weit vom Spitzenduo Leipzig und Dresden entfernt (650 und 635 Punkte). „Steuererhöhungen sind politisch unangenehm, aber langjähriger Einnahmeverzicht verschärft die Haushaltskrise“, sagte Geißler.

Mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik ist ein Abbau der Kreditbelastung für die hoch verschuldeten Kommunen schwer möglich, so der Finanzreport. „Ein Ausweg kann allenfalls langfristig gefunden werden. Aus dieser Spirale führt nur ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern“, sagte Geißler. Für Schleswig-Holstein gilt es, ein Abrutschen in wachsende Verschuldung zu verhindern. Hierfür schlägt der Finanzreport eine gesetzliche kommunale Schuldenbremse vor.

Allgemein spiegeln sich auch in Schleswig-Holstein bundesweite Trends dahingehend wider, dass sich Regionen auseinanderentwickeln. Das Hamburger Umland ebenso wie Kiel und Lübeck werden wachsen, andere Teile des Landes sehen einem Bevölkerungsverlust entgegen. Diese Entwicklung stellt die Gemeinden und das Land in Gänze vor Probleme. „Hierauf muss die Landespolitik Antworten finden“, sagte Geißler „Die Konflikte zwischen den Kommunen werden steigen.“

*Zur Methodik des Kommunalen Finanzreports:*

*Der Kommunale Finanzreport 2013 analysiert die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die jeweiligen Länder zusammengefasst, um strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern aufzudecken. Grundlage sind die amtlichen Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Die Kennzahlen werden jeweils pro Einwohner angegeben. Einzelne Städte und Gemeinden analysiert der Finanzreport nicht. Umfangreiche Kennzahlen für die einzelnen Kommunen (ab 5.000 Einwohner) bietet das Datenportal [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de).*

**Rückfragen an: René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81-81 467  
E-Mail: [rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de](mailto:rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de)**

**Die komplette Studie, Pressemitteilungen für die einzelnen Bundesländer und Presse-Grafiken finden Sie unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)**